

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9039/38
Telex: 888848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur Krise bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen: Sowjetische Abrüstungspolitik als Deutschlandpolitik?

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB zum Ausgang der kommunalen Stichwahlen in Bayern: Die absolute CSU-Herrschaft geht zu Ende.

Seite 4

Ernst Welteke MdL zur Weigerung der hessischen Landesregierung, die Arbeitszeit ihrer Beamten zu kürzen: Betrug am Tarifpartner.

Seite 5

Renate Schmidt MdB zu den Erfahrungen mit dem langen Donnerstag: Ein Flop von ungeahnter Größe.

Seite 6

45. Jahrgang / 64

2. April 1990

Sowjetische Abrüstungspolitik als Deutschlandpolitik?

Zur Krise bei den Wiener Abrüstungsverhandlungen

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

I.

Die Zeiten, in denen optimistisch über einen schnellen und erfolgreichen Abschluß der Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) gesprochen wurde, scheinen vorbei zu sein. Es mehren sich die Zeichen, daß der VKSE-Zug ins Stocken geraten ist und damit der Zeitplan für den KSZE-Gipfel im Herbst in Gefahr ist. Die Verhandlungsfortschritte in Wien waren häufig Ergebnis großer sowjetischer Zugeständnisse.

Nun scheint die Grenze sowjetischer Verhandlungskonzessionen erreicht zu sein. In Einzelpunkten wie beispielsweise bei den Flugzeugen aber auch bei der Erfassung bestimmter Panzertypen treten die Verhandlungen auf der Stelle, obgleich diese nicht sicherheitsrelevant sind. Ähnliches gilt auch für Obergrenzen.

Die UdSSR scheint ihre Verhandlungsposition geändert zu haben. Nun scheint es Absicht der Sowjetunion zu sein, mit einem VKSE-Abkommen so lange zu warten, bis ein für die UdSSR günstiges Ergebnis bei den 2+4-Verhandlungen über (die beiden deutschen Staaten und die ehemaligen Siegermächte) den Status Deutschlands gefunden wird.

II.

Daß es einen Zusammenhang zwischen diesen 2+4-Gesprächen und den Wiener VKSE-Verhandlungen gibt, ist nicht neu. So war allen Beteiligten klar und es gab sogar einen stillschweigenden Konsens im Rahmen der 23 an den VKSE-Verhandlungen Beteiligten, daß

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heusselallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermittlung
mit wertvollem Einsatz
Recycling-Papier



die Frage nach Umfang und Struktur der deutschen Streitkräfte Verhandlungsgegenstand der VKSE-Verhandlungen sein sollte, wobei sich die beiden deutschen Staaten und die vier ehemaligen Siegermächte auf eine entsprechende Erklärung verständigen sollten.

Nun wird aus diesem Zusammenhang eine Umkehrung mit der Folge, daß die VKSE-Verhandlungen stehen und fallen mit einer vorherigen Verständigung im Kreise der 2+4-Gespräche. Die UdSSR will den 2+4-Gesprächen prozeduralen Vorrang einräumen. Aus der Abrüstungspolitik wird Deutschlandpolitik.

Es ist einfach, aber nicht weiterführend, wenn man der UdSSR unterstellt, sie wolle keine Abrüstung und bremse deshalb die VKSE-Verhandlungen. Die Vermutungen, die sich auf Gespräche mit sowjetischen Wissenschaftlern und Diplomaten stützen, gehen in eine andere Richtung. Die UdSSR sieht nicht in den VKSE-Verhandlungen, sondern in den Zwei-plus-vier-Gesprächen die Ebene, auf der die künftige europäische Sicherheitsstruktur bestimmt wird. Niemand weiß, wie diese Gespräche vorankommen (sie haben am 14. März 1990 in Bonn auf hoher Beamtenebene begonnen) und niemand weiß, wann und mit welchem Ergebnis diese für die europäische Sicherheit strukturbestimmenden Gespräche abgeschlossen werden können.

Geht man von den vorliegenden Erklärungen französischer, amerikanischer, britischer und sowjetischer Vertreter aus, so gibt es über die zentralen Fragen, die Gegenstand der 2+4-Gespräche sein sollen, erheblichen Dissens. Es wird schwierig sein, über den sicherheitspolitischen Status Deutschlands, über die Modalitäten der Ablösung der Viermächte-Rechte sowie über den Umfang und die Struktur deutscher Streitkräfte schon bald einen Konsens herbeizuführen.

III.

Der europäische Fahrplan für die Sicherheit in Europa sieht vor, daß bis etwa November 1990 einer KSZE-Gipfekonferenz sowohl ein VKSE-I-Abkommen vorgelegt wird wie ein Mandat zur Fortsetzung von VKSE verabschiedet wird. Auf dieser KSZE-Gipfekonferenz, die im letzten Jahr von Gorbatschow vorgeschlagen wurde, sollte auch das Ergebnis der 2+4-Gespräche beziehungsweise Teile davon im Rahmen der 35 KSZE-Staaten europäisiert werden.

Dieser Fahrplan setzt voraus, daß in den 2+4-Gesprächen lediglich Eckpunkte einer Regelung über Umfang und Struktur deutscher Streitkräfte verabredet werden und nicht etwa ein fertiges Werk von Details (Ziffern). Die Details müßten in den 23-Verhandlungen (VKSE) ausgehandelt werden, auch deshalb, um eine Singularisierung der Deutschen in einer künftigen europäischen Sicherheitsstruktur zu vermeiden.

Die UdSSR glaubt offenbar, daß ihre Verhandlungsposition in den 2+4-Gesprächen stärker ist, wenn sie „Trümpfe“ in der Hand behält und sie nicht vorzeitig möglicherweise bei den 23 Verhandlungen aus der Hand gibt.

Dieses verhandlungstaktische Vorgehen der UdSSR birgt Gefahren. Schon heute läuft die politische Entwicklung in Europa den Abrüstungsverhandlungen weit voraus. Die Nach-Warschauer-Pakt-Mitglieder Ungarn und CSR reduzieren einseitig und aus diesen Ländern wird die UdSSR bald ihre Truppen abziehen. Polen ist durch die unselige Grenzdiskussion in eine andere Position geraten. Dies könnte sich jedoch bald ändern - zulasten der UdSSR!

Es bleiben fast 380.000 sowjetische Soldaten in der Noch-DDR. Hinzu kommt: Der deutsche Einigungsprozeß wird schon in den nächsten Monaten auf den Gebieten Währung und Wirtschaft so gut wie vollzogen sein. Die staatsrechtliche Einigung, ob über den Artikel 23 oder 146 Grundgesetz, wird für die allernächste Zeit erwartet. Alle sprechen vom Idealfall einer Synchronisierung des deutschen Einigungsprozesses mit der europäischen Entwicklung. Doch alle wissen, daß dies ein Idealfall ist. Die tatsächliche Entwicklung zeigt die Ungleichzeitigkeit von Regelungen der inneren Aspekte deutscher Einigung und der Verständigung über äußere Aspekte (Gegenstand der 2+4-Gespräche).

Ohne hier dramatisieren zu wollen, kommen wir dann in eine schwierige Lage, wenn die inneren Aspekte geregelt sind, das heißt die beiden deutschen Staaten vereinigt sind, aber weder die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung noch die 2+4-Gespräche zu Ergebnissen gekommen sind.

IV.

Die sowjetische Administration glaubt offenbar, sie hätte ein letztes Faustpfand, das sie in den 2+4-Gesprächen zur Wirkung bringen könnte und müßte. Bleibt es bei westlichen Versuchen, die machtpolitisch geschwächte sowjetische Position brutal auszunutzen, wird es so bald keine Einigung bei den 2+4-Gesprächen geben. Die UdSSR weiß, daß sie zu schwach ist, als strukturbestimmende Macht bei der Gestaltung europäischer Sicherheit aufzutreten. Wir sollten jedoch wissen, daß die Sowjetunion zu stark ist, sich allen westlichen Ansätzen zu widersetzen, die eine Regelung für Deutschland als Ganzes als Zentralbestandteil einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur ohne die UdSSR anstreben!

V.

Aus dieser Lage ergeben sich Forderungen auch an die Bundesregierung:

1. Die Bundesregierung muß stärker als bisher auf die außenpolitische Absicherung des deutschen Einigungsprozesses achten.
2. Dazu gehört, daß der Sicherheitsdialog mit der UdSSR genauso ernst genommen werden muß wie der mit Frankreich, Großbritannien und mit den USA.
3. Die Bundesregierung darf keine neuen Irritationen aufkommen lassen (Grenzfrage u.ä.).
4. Die beiden deutschen Staaten, das heißt die neue Regierung der Noch-DDR und die Bundesregierung müssen gemeinsam ein Konzept für die zügige Ergebnisfindung bei den 2+4-Gesprächen entwickeln.

(-/2.4.1990/rs/ks)

Die absolute CSU-Herrschaft geht zu Ende

Zum Ausgang der kommunalen Stichwahlen in Bayern

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der Bayerischen SPD

Der Vertrauensbeweis, den die Wählerinnen und Wähler bei den Stichwahlen am 1. April den Kandidatinnen und Kandidaten der Bayern SPD vor Ort ausgesprochen haben, übertrifft in seinem Ausmaß selbst unsere kühnsten Erwartungen: Die SPD hat eindrucksvolle, ja geradezu sensationelle Erfolge erzielt: 9 von 10 in der Stichwahl zu wählenden OB wurden von Sozialdemokraten gewonnen. Allein 16 der 25 kreisfreien Städte des Freistaates werden künftig von Sozialdemokraten regiert, von reinen CSU-Oberbürgermeistern nur noch 6 (1984 waren es noch 12 CSU- und 9 SPD-Rathauschefs gewesen). In den 24 großen Kreisstädten stellt die SPD allein statt bisher drei künftig 8 OB, die CSU statt bislang acht allein nur noch 6 Oberbürgermeister. „Von Aschaffenburg bis Zwiesel“ waren die Rathäuser schon seit Jahren rot, jetzt sind sie es auch von Coburg bis Traunstein, von Bad Kissingen bis Füssen, von Ansbach bis Passau.

Herausragend sind das Ergebnis der bisherigen Landtagsabgeordneten Christa Meier in Regensburg, die den seit zwölf Jahren Amtierenden von der CSU mit 56 Prozent bezwang, aber auch die OB-Siege in Ansbach (der erste SPD-Oberbürgermeister seit Kriegsende), in Coburg (wo ein 30jähriger SPD-Matador siegte), in Kempten, Füssen, Burghausen, Straubing und in der schwarzen Aschermittwochs-Hochburg Passau.

In den meisten dieser Städte hat die CSU erdrutschartige Niederlagen erlitten, gerade auch in Städten, die sie bisher in Erbpacht zu besitzen glaubte. Der Gesamterfolg wird sich erst in seiner Dimension ermessen lassen, wenn alle Ergebnisse der SPD in kleineren Gemeinden bekannt sind.

Die Erfolge sind zunächst solche der örtlichen Bewerberinnen und Bewerber sowie der örtlichen und regionalen SPD. (Im übrigen haben alle drei bayerischen SPD-Bezirke an der hausgemachten Sensation teil!) Aber auch die Bayern SPD insgesamt hat zu diesem Erfolg gebührend beigetragen:

- durch Mitwirkung in einer Reihe von Orten an der KandidatInnenauswahl,
- indem sie per Parteitagsbeschluss schon 1987 dafür Sorge trug, daß endlich die Frauen bei den Personalvorschlägen besser zur Geltung kamen,
- durch organisatorische Mithilfe. Erstmals seit dem Führungswechsel auf Landesebene und in den Bezirken 1985 zeigt sich ein beachtenswerter Erfolg einer soliden politischen und organisatorischen Aufbauarbeit.

Dieses Stichwahlergebnis weist jedoch weit über die Gemeinde- und Stadtgrenzen hinaus. Es signalisiert eine flächendeckende friedliche „Intifada“ (arab. „Abschütteln“) gegen die absolute Herrschaft einer machtarrogant und bürgerfern gewordenen Partei. Das Stichwahlsystem hat es dabei möglich gemacht, daß die kompetenten, profilierten und glaubwürdigen KommunalpolitikerInnen der SPD auch von vielen gewählt wurden, die noch beim 1. Wahlgang vor 14 Tagen grün oder liberal, progressiv links oder freiheitlich-konservativ votiert hatten. All diese haben sich jetzt aber eindeutig gegen die CSU ausgesprochen - und faktisch für ein neues gesellschaftliches Bündnis unter sozialdemokratischen Vorzeichen. Dies bringt der Bayern SPD nicht nur neue Verantwortung, sondern auch die Chance, als Kristallisationskern dieser neuen „Koalitionen“ ihre Basis zu verbreitern.

Für dieses Werben um neue Mehrheiten sind wir gestern sehr ermutigt worden. Die bayerischen Sozialdemokraten gehen mit Rückenwind in die bevorstehenden Wahlkämpfe zum Landtag und den Bundestag. Denn der 1. April 1990 hat gezeigt, daß die Zeit der absoluten Herrschaft der CSU anscheinend zu Ende geht - oder gar schon zu Ende ist.

(-/2.4.1990/rs/ks)

Betrug am Tarifpartner
.....

Zur Weigerung der hessischen Landesregierung, die Arbeitszeit ihrer Beamten zu kürzen

**Von Ernst Welteke MdL
Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion**

Am 1. April 1990 trat bundesweit die zweite Stufe der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung für Beamte in Kraft.

Davon werden allerdings nur die Bundesbeamten profitieren, da das Land Hessen als einziges Bundesland den 60. Tarifvertrag zur Änderung des Bundesangestellten-Tarifvertrages vom 5. Juli 1988 und die hierin ausgehandelte Arbeitszeitverkürzung zusagewidrig nicht auf den Beamtenbereich übertragen hat.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist dieses absurde Verhalten der hessischen Landesregierung nicht nur eine Täuschung oder gar ein Betrug am Tarifpartner; die aus dieser Entscheidung ersichtliche Inkompetenz der Landesregierung wird sich negativ in der Praxis ungleicher Arbeitszeiten zwischen Angestellten und Beamten auswirken.

Eines der erklärten Ziele der CDU war und ist, die Ausgaben für den öffentlichen Dienst entscheidend zu senken. Wir wissen alle, daß dies nur über Personalabbau und den Abbau von Leistungen im öffentlichen Bereich geht.

Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung in Hessen wurde eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung aufgebaut. Mitentscheidend für die Qualität und den Arbeitseinsatz der im öffentlichen Dienst Beschäftigten ist auch die Angleichung hinsichtlich Arbeitszeit und Besoldung an die Regelungen privater Unternehmen.

Wir Sozialdemokraten werden uns für eine solche Angleichung einsetzen. Das bedeutet auch, daß Tarifvertragsergebnisse für den Beamtenbereich selbstverständlich übertragen werden müssen. Unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung werden wir die aus dieser Entscheidung der Landesregierung resultierende Ungerechtigkeit beseitigen und die Ergebnisse des Tarifvertrages für den hessischen Beamtenbereich übernehmen.

(-/2.4.1990/rs/ks)

Ein Flop von ungeahnter Größe

Zu den Erfahrungen mit dem langen Donnerstag

**Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Erfahrungen sind eindeutig: Der „lange Donnerstag“ des Einzelhandels ist ein Flop erster Güteordnung. Die Gegner des sogenannten „Dienstleistungsabends“ finden ihre Argumente jetzt auch statistisch untermauert.

Ohne Not hatte die Bundesregierung den seit Jahrzehnten bewährten Kompromiß zwischen den Interessen von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Verbrauchern aufgekündigt. Betriebswirtschaftliche und wettbewerbliche Überlegungen als auch angebliche Zwänge im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt waren von seiten der Bundesregierung angeführt worden, um das Ladenchlußgesetz zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Einzelhandel zu verändern.

Nur eines wurde von den Befürwortern des sogenannten „Dienstleistungsabends“ übersehen: Die Verbraucherinnen und Verbraucher können ihre Mark nur einmal ausgeben - längere Öffnungszeiten führen nicht zu mehr Kaufkraft. Der Umsatz des Einzelhandels ist - trotz vieler Schaulustiger in den Innenstädten - durch die längere Öffnungszeit am Donnerstag mitnichten gestiegen.

Stattdessen müssen die Unternehmen mit höheren Personalkosten kalkulieren - was letztendlich die Verbraucher zu bezahlen haben. Dabei war diese Entwicklung, ebenso wie die damit verbundenen Probleme, klar abzusehen: in Umfragen hatten sich die Beschäftigten im Einzelhandel eindeutig dagegen ausgesprochen, abends länger zu arbeiten. Diese späten Arbeitszeiten sind noch dazu extrem frauen- und familienfeindlich. Ein Teil der Bevölkerung (insbesondere Frauen) werden gezwungen zu arbeiten, ohne daß gesellschaftlich notwendiger Bedarf hierfür besteht. Im Gegenteil, Familien werden in ihrer Freizeitgestaltung erheblich eingeschränkt.

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen schrieb am 20. September 1988 in einer Stellungnahme zum damaligen Gesetzentwurf zur Einführung eines Dienstleistungsabends: „Durch die geplante Gesetzesänderung werden fast ausschließlich die über zwei Millionen Arbeitnehmer im Einzelhandel - überwiegend Frauen - mit zusätzlicher Abend- und Nachtarbeit belastet. ... Dies stellt eine Mißachtung der sozialen Interessen insbesondere von Frauen und ihrer Familien im Einzelhandel dar, die schon heute sehr ungünstige Arbeitszeiten in Kauf nehmen müssen ... Längere Öffnungszeiten werden auch nicht zu einem positiven Beschäftigungseffekt führen. Insgesamt wächst im Einzelhandel durch Spät- und Nachtöffnungszeiten nicht die Kaufkraft der Verbraucher.“

Diese Ausführungen finden sich jetzt auch statistisch untermauert. Viele Unternehmen des Einzelhandels haben daraus bereits die Konsequenzen gezogen, und das Experiment des „langen Donnerstag“ abgebrochen. Immer mehr Läden schließen jetzt wieder um 18 Uhr 30. Auch der Gesetzgeber / die Gesetzgeberin sollte Konsequenzen ziehen: Weg mit diesem „Dienstleistungsabend“, den niemand haben will und der niemandem Nutzen bringt!

(-/2.4.1990/rs/ks)

* * *